

Kurzstellungnahme des RegioBündnis Pro Landwirtschaft, Wald und ökosoziales Wohnen

zur DRUCKSACHE G-18/015 für den 30.1.2018 Gemeinderat Stadt Freiburg i.Br.

„Kooperationsmodell zur Siedlungsflächenentwicklung in der Region Freiburg

h i e r : a) Abschlussbericht zum Förderprojekt b) Aktueller Sachstand und weitere Vorgehensweise“

Am 30.1. soll der Gemeinderat Freiburgs die Stadt beauftragen, die Siedlungsflächenentwicklung für Wohnbaubedarfe Freiburgs teilweise in andere Kommunen zu übertragen. Das RegioBündnis Pro Landwirtschaft, Wald und ökosoziales Wohnen lehnt dieses „siedlungskolonialistische“ Flächen verbrauchende Ansinnen ab, das wieder einmal Angriffe auf landwirtschaftliche und Freiflächen sowie Folgekosten für mehr Straßen, Verkehr und Versorgung beinhalten würde. **Das Bündnis bittet den Gemeinderat, das Vorhaben jetzt am 30.1.2018 zu beenden.** Mit einem erweiterten „Siedlungsbrei“ im Umland würden die Äste weiter abgesägt, auf denen Kommunen und Einwohnerschaft sitzen: Die Region kann sich in Krisen immer weniger selbst ernähren.

In der Ratsvorlage wird der Mangel offensichtlich (Zitat): „Aufgrund der benötigten Flächengröße (i. d. R. mind. 1 ha) wird es sich bei den potenziellen Entwicklungsflächen voraussichtlich um Flächen außerhalb des bestehenden Siedlungskörpers handeln, so dass **Freiflächen, häufig landwirtschaftliche Flächen, verloren gehen würden.**“* Und: „Darüber hinaus ist es möglich, mit diesen Kommunen Lösungen zur Bereitstellung von Flächen für die naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen zu suchen.“ Auch bei letzterem sind Stilllegungen von Acker- und Gemüseanbauflächen zu befürchten. (*fett d. Absender)

Schon die Voraussetzungen des Vorhabens stimmen nicht: Freiburg hat bei genauem Hinsehen keine Wohnbauflächenbedarfe, die über die Stadtgrenzen hinaus gehen müssten. Erstens: Einer der Hauptmissgriffe der Stadt war, im Durchschnitt für alle Einwohner Freiburgs bis 2030 eine im Übrigen für fast alle unbezahlbare Wohnflächenzunahme von rund 4 qm pro Kopf zu prognostizieren, die indirekt auch im Empirica-Gutachten von 2014 zu erkennen ist. Dieser Punkt bedeutet rund 9.000 Wohnungen zu je 90 qm, das ist z.B. anderthalbmal der somit überflüssige Neubaustadtteil Dietenbach. Die Wohnflächenzunahme pro Kopf ist in Freiburg seit 2011/12 nicht mehr eingetreten, Tendenz sogar sinkend.

Zweitens bestehen für die wachsende Stadt **reichlich Möglichkeiten der Innenentwicklung**, um weitere Bevölkerungszunahme und die Wohnungsknappheit zu bewältigen und Obdachlose gut unterzubringen. Das Bundesbaugesetzbuch verlangt den Vorrang für die Innenentwicklung. Im neuen Regionalplan hatte die Stadt unangemessene Wohnbauflächenbedarfe (s.o.) und „Übertragung von Wohnbauflächenbedarfen aus dem Oberzentrum Freiburg“ für sich durchgesetzt, was leider im von Bürgermeisterern dominierten Regionalverband nicht verhindert wurde. Grundgesetzwidrig würde Raubbau zu Lasten von Landwirtschaft und Natur unterstützt. Artikel 20a des Grundgesetzes verlangt aber den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen. Daran sind auch Stadtverwaltungen und Gemeinderäte gebunden!

Das RegioBündnis rät den von der Stadt angesprochenen Kommunen Neuenburg, Teningen, Elzach, Gutach i. Br. und Vörstetten sowie anderen, sich auf **Innenentwicklung und Leerstandsabbau** zu beschränken. Hierfür gibt es für Personal und Maßnahmen Unterstützung aus Landes- und Bundesmitteln.

Freiburg i.Br., Sonntag, 28.1.2018

Dr. Georg Löser, für das gewählte Sprecherteam des
RegioBündnis Pro Landwirtschaft, Wald und ökosoziales Wohnen
Post: RegioBündnis, bei Treffpunkt Freiburg, Schwabentorring 2, 79098 Freiburg,
E-Mail: regiobuendnis@posteo.de